

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees  
1160 Wien, Wurlitzergasse 71/25, Kontakt: oesolkom@gmx.at

## Es reicht!

**Gewerkschafter sollen laut Gusenbauer nicht mehr ins Parlament. Gusenbauer ist auf den Spuren von Thatcher, Blair und Schröder zum Nutzen der Konservativen und Unternehmer.**

Als hätten der Bawag-Skandal und die ÖGB-Machenschaften nicht genügt, übt sich jetzt auch noch Gusenbauer als „starker Mann“. Als ob nicht schon die Korruption der Bawag- und ÖGB-Bonzen reichen würde, die die Unternehmerbosse genüsslich auswalzen, um von ihren eigenen kapitalistischen Ausbeutermethoden und Korruptionen abzulenken, die die Menschen täglich massenhaft Arbeit, Gesundheit und Einkommen kosten. Nein, da stößt Gusenbauer letztlich ins gleiche Horn wie die Unternehmer und Unternehmerparteien, wie Blaue, Orange und auch so manche gewerkschaftsfeindliche Grüne.

### Nicht ins Parlament?

Wenn das österreichische Parlament – wie bei Sonntagsreden von allen immer behauptet wird – tatsächlich der Ort ist, wo alle

gesellschaftlichen Gruppen vertreten sein sollen, dann darf das nicht nur für Unternehmer, Wirtschafts- Ärzte-, Notariatskämmerer, Bauern- und sonstige Bündler gelten, sondern muss das auch für Gewerkschafter gelten. Wenn Gusenbauer das nicht mehr haben will, dann schlägt er – gewollt oder ungewollt – in die gleiche Kerbe wie die anderen Gewerkschaftshasser, die scheinheilig die ÖGB/Bawag-Korruption anprangern, aber in Wirklichkeit jegliche Arbeitnehmervertretung auslöschen wollen, vor allem eine bessere und kämpferische garnicht erst aufkommen lassen wollen. Hofft Gusenbauer durch seinen Vorstoß auf ihm freundlicher gesonnene Medien und darauf, als Juniorpartner in einer „Großen Koalition“ geduldet zu werden, wenn er jetzt die Drecksarbeit für die Unternehmer und für Schüssel macht und gegen die Gewerkschaft als solches auftritt? Denn das tut er! Er will ja nicht nur die jetzigen, sondern auch künftige Repräsentanten der Gewerkschaft nicht mehr im Parlament haben. Das ist „Demokratie“ nach Geschmack des Kapitals. Aber vielleicht will Gusenbauer nach Ende seiner Karriere auch – wie Schröder – hochdotiert Unterschlupf finden?

### "Blitzgescheit"?

Wer solche Aussagen tätigt, muss wissen, was er sagt und wie es wirkt. Gusenbauer wird allgemein, auch vom politischen Gegner zugute gehalten, dass er „blitzgescheit“ ist. Na bitte. Dann wird er doch nicht gerade bei seinen Aussagen zur Gewerkschaft geistig umnachtet gewesen sein. Wer so redet und glaubt, dadurch die korrupten bzw. die angeschlagenen ÖGB-Spitzen zu einem Umdenken zu bringen, ist auf dem Holzweg. Da braucht es Widerstand von unten. Aber das will auch Gusenbauer nicht, der bloß hofft, so ein Kreuzerl für die SPÖ auf dem Wahlzettel zu bekommen. – vielleicht sogar von ÖVP- und FPÖ/BZÖ-Wählern. Angefressen genug sind ja die SPÖ-Wähler schon, viele werden gar nicht mehr zur Wahl gehen, mag sich da der SPÖ-Vorsitzende von Wahlexperten vorrechnen lassen. Auch Gusenbauer verkauft für die Hoffnung auf einen kurzfristigen (Stimmen)Gewinn aus dem anderem Lager die eigenen Stammwähler. Auch eine Spekulation. Wenn auch nicht mit Geld, aber mit einem noch höheren Gut – dem

Vertrauen der Menschen, mit der Glaubwürdigkeit. ÖGB- und SPÖ-Spitzen haben sich also im Kern gegenseitig nicht viel vorzuwerfen. Jeder sucht bloß seinen Vorteil und nicht die Interessenvertretung der Mitglieder bzw. Wähler. Und das haben dann wiederum ÖGB- und SPÖ-Spitzen mit den Spitzen der anderen Parteien und Interessenvertretungen in Österreich gemein.

### **Konsequenz ziehen!**

**Auch wir sind absolut dagegen, dass korrupte ÖGB-Bonzen aus der ersten oder zweiten Reihe sich herausnehmen, für die ArbeitnehmerInnen zu sprechen. Wir fordern die gesamte ÖGB-Spitze auf, zurückzutreten.**

Denn das gesamte ÖGB-Präsidium hat von dem Bawag-Machinationen im Prinzip gewusst und es – zumindest – geduldet. Einige wiederum haben es bewusst betrieben. Wenn ÖGB-Chef Hundsdoerfer jetzt sagt, der ÖGB müsse in Zukunft eine „Mitgliedergewerkschaft“ werden, dann ist das zwar richtig, zeigt gleichzeitig aber, dass dies der ÖGB die ganzen Jahre nicht war. Da ist anzusetzen, aber auch mit ehrlichen und engagierten Menschen. Nicht mit Menschen, die sich rechtfertigen, dass sie zu ihren 11.000 Euro monatlich noch 5.000 haben, oder die meinen, dass 4.500 Euro im Monat auch nicht zuviel ist.

### **Es geht auch anders - wir da unten**

Wie wär's mit einer „Deckelung“? Das ist ja heute modern, wenn's um Lohn-, Gehalts-, Pensionserhöhungen oder um Budgetposten für die

arbeitenden Menschen oder für Arbeitslose geht. Wie wär's also mit einer Deckelung von Gehältern von Repräsentanten in politischen und wirtschaftlichen Institutionen, in den Wirtschafts- und Vorstandsetagen usw. mit einem durchschnittlichen Facharbeitergehalt? Dawürde sich dann keiner mehr finden, der Abgeordneter, Boss, Bonze Medien-Mogul usw. sein will? Schlecht? Die Wirtschaft würde nicht zusammenbrechen. Das sieht man ja in vielen Beispiel aus dem täglichen Leben. Da wechseln die Minister, da wechseln die Vorstände, Aufsichtsräte, Direktoren usw. sich in einem Höllentempo ab und die Firmen laufen trotzdem weiter. Warum? Weil die tagtägliche Arbeit die vielen Abertausenden „unter ihnen“ machen, zu – sagen wir – im Durchschnitt maximal einem Facharbeitergehalt. Es gibt Managementuntersuchungen, die haben ergeben, dass Manager und „Führungspersönlichkeiten“ in Firmen 50 bis 80% ihrer Zeit mit der eigenen Karriereplanung verbringen. Sie würden also nur zu 20 bis zu 50% abgehen, bekommen dafür aber horrend mehr bezahlt als ein Durchschnitts-Arbeitender.

### **Rette sich wer kann - die da oben**

Statt tatsächlich aufzuräumen, aufzuklären, zu untersuchen und die Mitglieder aktiv einzubeziehen und gegen die Unternehmerangriffe aufzutreten, bekriegen sich alte und neue Spitzen, schieben sich wechselweise den Schwarzen Peter zu, spielen SPÖ- und ÖGB-Spitzen gegenseitig „rette sich wer kann“, um irgendwie über

die Runden (Wahlen oder Postenerhalt) zu kommen. Beim Schielen auf Wählerumfragen, haben sie die tatsächlichen Interessen der Mitglieder bzw. arbeitenden Menschen schon längst vergessen oder verraten. Leben sie doch oft weit abseits von der Alltagsrealität der Masse der Bevölkerung und dafür in ihrer eigenen, gut bezahlten, von Medien, Umfragen, Meinungs- und Politexperten gezimmerter, medial-unechten Welt. Statt mit neuen und vereinten Kräften den Dreck gemeinsam wegzuräumen, versuchen die Spitzen sich dadurch zu retten, dass sie sagen, „ich hab' damit nichts zu tun“. Das mag im Detail stimmen. Aber von der politischen Verantwortung kann man sich jedenfalls nicht abputzen. Das glaubt keiner, das ist auch widerlich.

## **Aufruf**

Wir laden alle Kolleginnen und Kollegen zu einer breiten Diskussion ein. Wir wollen gemeinsam nach Lösungen suchen und dann gemeinsam aktiv werden. **Für eine neue Gewerkschaft der Mitglieder und Betriebsräte!**

Nur das persönliche Gespräch, Kennenlernen und gemeinsame Tun kann etwas bewirken! Wir organisieren gerne Treffen dazu.

**Wer daran interessiert ist, nimmt bitte mit uns Kontakt auf:**

ÖSK, Wurlitzergasse  
71/25, 1160 Wien, oder E-Mail: oesolkom@gmx.at

*Die nachfolgenden Beiträge sind ein Beginn der Debatte.*

# ÖGB stehend K.O. - Aufwind für die Scharfmacher der Wirtschaft

In den letzten drei Monaten verging kein Tag, an dem das „normale“ Gewerkschaftsmitglied sich nicht verwundert und wütend die Augen rieb. Und das dicke Ende scheint noch lange nicht erreicht zu sein.

Was da eine Clique in Bawag und ÖGB viele Jahre lang hindurch mit den Geldern der Mitglieder trieben, übersteigt die schlimmsten Befürchtungen. Gleichzeitig muss man feststellen: Wenn jetzt Regierungs- und Wirtschaftsseite so empört tun, haben sie doch als Regierung (Finanzmarktaufsicht) und als Aufsichtsräte und Vorstände eben auch in der Bawag, mitgemacht. Darüber spricht man aber nicht. Nur die „roten Bonzen“ werden jetzt als die „Bösen“, der Kapitalismus als solcher aber als „gut“ hingestellt. Damit soll gerade davon abgelenkt werden, dass es das kapitalistische Profitprinzip ist (dem sich auch die „roten Bonzen“ verschrieben haben), das für die Masse der Menschen Opferbringen und für eine dünne Oberschicht Gewinne einstreifen bedeutet. Diese Verschleierungstaktik ist im Interesse der Unternehmerseite, will sie doch bei der Gelegenheit die letzten Reste von sozialen Prinzipien, die von den „roten Bonzen“ verraten wurden, endgültig aus unserer Gesellschaft verbannen.

Aber auch SPÖ-, FPÖ- und Grüne, die ebenfalls empört tun, haben alle die Jahre hindurch und bis heute die sogenannte

„Sozialpartnerschaft“ gut geheißt, auf deren Boden die ganze Packelei entsteht – nicht zum Vorteil der arbeitenden Menschen, wie immer behauptet wird, sondern zu deren Nachteil, wie sich eben auch am Beispiel Bawag und ÖGB zeigt.

## Bawag-Skandal als Sittenbild

Ende 2005 musste die zu 100% im Besitz des ÖGB befindliche BAWAG, die ehemalige Arbeiterbank, zugeben, dass sie 425 Millionen Euro bei der Refco-Affäre in den USA verloren hat. Damals schwieg die politische Konkurrenz noch, hatte sie doch auch in „ihren“ Bankenimperien in der Vergangenheit genug Pleiten und Fehlspekulationen zu beschönigen und vergessen zu machen, ebenso wie jetzt bei der Hypo Alpe Adria. Weiters wurde bekannt, dass schon in den letzten 15 Jahren die BAWAG in höchst dubiose Spekulationsgeschäfte verwickelt war, dass die Bank im Jahr 2000 vor dem Zusammenbruch stand – es ging um 1,4 Milliarden Euro. Um einen Crash zu verhindern, hat der Eigentümer ÖGB die BAWAG mit dem ÖGB-Streikfonds besichert, sprich den Streikfonds verpfändet.

Seit 2001 weiß auch Finanzminister Grassler von den Karibik-Geschäften der Bawag. Wieso hat er bis jetzt geschwiegen und tut nach wie vor so als hätte er von nichts gewusst? Nun, hätte 2001 der ÖGB die Bawag für pleite erklärt, hätte die Republik die Bundshaftung in Höhe von 5,4 Milliarden Euro für die ein Jahr zuvor von der Bawag gekaufte PSK zahlen müssen. Jetzt, nachdem von allen Seiten bis zum März 2006 scheinbar „Stillschweigen“ vereinbart wurde, wurde im Wahljahr die Bawag-Bombe zum Platzen gebracht. Und siehe da, die Regierung kommt „bloß“ mit 900 Millionen Euro Haftung aus unseren Steuergeldern davon und verbindet damit noch den Ausverkauf der Bawag an die Bankkonkurrenz im In- oder Ausland. Gleichzeitig nutzt sie genüsslich, obwohl auch ÖVP- und andere Wirtschaftskapitäne in Bawag-Gremien vertreten waren (z.B. Koren, oder Ex-Siemens-Generaldirektor Hochleitner usw.), den Skandal dazu, von der täglichen kapitalistischen Banken-, Konzern- und Wirtschaftspraxis abzulenken, die uns arbeitenden Menschen immer mehr Lohneinbußen und Arbeitslosigkeit usw. beschert. Natürlich verurteilen wir als

einfache und ausschließlich ehrenamtlich tätige GewerkschafterInnen z.B. auch die „Pensionsabfindung“ in Höhe von 6,8 Millionen Euro von Ex-Bawag-Chef Elsner. Jeder kann sich ausrechnen, wie viele Lebensinkommen eines normal Verdienenden das ausmacht. Doch sind natürlich auch in Banken und Konzernen anderer Couleurs solche Abfertigungen, Konsumentenverträge, Weiterzahlungen von noch nicht ausgelaufenen Verträgen (z.B. Ex-Telekom-Chef Sundt) usw. gang und gäbe. Das ist keine Rechtfertigung für derartige Praktiken, sondern es soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass beides ein ungeheurer Diebstahl an den arbeitenden Menschen ist. Doch darüber redet niemand. Natürlich auch nicht das neue ÖGB-Management, das sich jetzt gar nichts mehr zu sagen getrauen, weil es nur mit sich selbst beschäftigt ist.

Schon vor dem Antritt von Blau-Schwarz hat der ÖGB in den letzten Jahrzehnten kaum gestreikt. Auch auf die größten Angriffe auf arbeitenden Menschen in der Zweiten Republik 2003 (Pensionskürzungen, Sozialversicherungs-Zerschlagung, ÖBB-Zerschlagung, Vöest-Ausverkauf) hat die Gewerkschaftsspitze gar nicht, nur widerwillig oder zögerlich reagiert und die Protestbewegung an der sich Millionen von Menschen erstmals in Österreich beteiligten, ohne Ergebnisse abgebrochen. Trugen dazu möglicherweise die jetzt aufgeflogenen Bawag-

Machenschaften der ÖGB-Spitze verschärfend bei?

Auch während der jüngst betriebenen, Post-Privatisierung hielten ÖGB- und Postgewerkschaftsspitze verdächtig still, wurden kaum beworbene Protestmärsche zum Alibi. Zudem wurde auch die BAWAG, die in die PSK fusioniert ist, gemeinsam mit anderen Banken zur Umsetzung der Postprivatisierung oder zum Eurofighter-Kauf beauftragt. Statt als ÖGB der arbeitenden Menschen gegen den Ausverkauf aktiv zu mobilisieren – was zwar in Worten behauptet wird, betrieb der ÖGB in der Tat zur Sicherung der eigenen Bankgeschäfte die Post-Privatisierung aktiv mit.

### **Schon lange keine echte Arbeitervertretung mehr**

Nun wäre ja nichts dagegen einzuwenden, wenn eine Gewerkschaft Konsumvereine, Konsumgenossenschaften, und auch eine Arbeiterbank, wie sie ja die BAWAG in den Anfängen (1920er Jahren) war, betreibt, deren Ziel es ja sein sollte, die arbeitenden Menschen vor der Profitgier der Unternehmenseite zu schützen, eben nicht auf Gewinn arbeitend durch gemeinsamen Einkauf, zinsenlose bzw. zinsgünstige Kredite usw., zu helfen. Statt dessen hat sich aber die BAWAG, so nennt sie sich seit den 1960er Jahren, als sie von Arbeiterbank in Bank für Arbeit und Wirtschaft umbenannt wurde, immer weniger auf den Faktor Arbeit, als auf den Faktor Wirtschaft – wie ja seit damals

auch im Namen enthalten – gestützt. Man wollte auch ordentlich Gewinne machen. Man hing der zutiefstsozialdemokratischen Auffassung an, wenn man nur genügend „rote“ Betriebe, Banken usw. hätte, man den Kapitalisten ebenbürtiger würde, die Kapitalisten zurückdrängen könne usw. usf. Faktum ist, dass die „roten Manager“ letztlich nicht anders handelten als die „schwarzen“ und zunehmend auch in die Vorstandsetagen hineingehievt „blau-braun-orangen“ Manager. Faktum ist, dass die klassischen Kapitalisten die „roten“ Manager immer nur dulden und sie überall wo es geht hinausdrängen.

Den arbeitenden Menschen wurde Jahre hindurch vorgegaukelt, dass „rote“ Manager besser für sie seien. Doch die Politik von Androsch, Vranitzky oder Klima, von Randa, Ruttensdorfer oder Ederer zeigt nur eines: Die Genannten – und die Liste ließe sich auch hier fortsetzen – haben es sich gerichtet. Mit Stimmen der arbeitenden Menschen hochgekommen, wollten sie uns weismachen, dass „ihr“ Erfolg auch unserer wäre.

Ein Profitmacher, ob schwarz, blau, braun, orange, rot oder grün, bleibt ein Profitmacher. Das geht immer auf Kosten der arbeitenden Menschen, denn die erwirtschaften alle Werte.

Natürlich ziehen jetzt die Erzkonservativen aller Couleurs in Parteien und Wirtschaft bei jeder Gelegenheit über das „rote“ Unvermögen, her. Die Betroffenen, ÖGB- und SPÖ-

Spitzen, haben dem nichts entgegensetzen, weil sie tatsächlich längst schon Teil der Kapitallogik sind. Die traditionellen Konservativen tun umgekehrt so, als wären Bank-Spekulationsgeschäfte (wie z.B. bei der Bawag) etwas, das bei ihnen nicht vorkäme. Doch was ist mit den größten Pleiten und dubiosesten Spekulationsgeschäften von klassischen „Unternehmern“ und Managern wie bei Enron/USA oder den Pensionsfonds in Japan usw. usf.? Was ist mit der Hypo Alpe Adria, usw.?

### **Totaler Verlust an Glaubwürdigkeit**

ÖGB- und SPÖ-Spitzen beteuern rund um den Bawag -Skandal, dass es keinen Konflikt zwischen ihnen gäbe. Tatsächlich sind beide für den Bawag -Ausverkauf. Dafür bekommen sie von Schwarz, Blau, Orange und Grünen Schützenhilfe. Na klar, geht doch so das Eigentum der Gewerkschaftsmitglieder in das Eigentum der in- oder ausländischen Kapitalistenkonkurrenz über. Die SPÖ- und ÖGB-Führer verspielen so nicht nur das Eigentum der 1,3 Millionen Mitglieder, sondern damit auch jegliche Glaubwürdigkeit. Tatsächlich gibt es bezüglich Bawag keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen ÖGB- und SPÖ-Gränden. Der Widerspruch besteht zwischen SPÖ- und ÖGB-Spitzen und ihrer Basis, die ohne echte und wirksame Arbeitnehmervertretung dasteht und ihres Eigentums beraubt wird.

Durch ihre Anbiederung an und Eingliederung in die Profitlogik des klassischen Kapitals verlieren SPÖ und ÖGB bei der arbeitenden Bevölkerung klarer Weise zunehmend ihre gesamte Glaubwürdigkeit.

### **Was bleibt?**

Man kann eine Gewerkschaft nicht wie eine Bank führen. Man kann eine Partei nicht wie eine Firma führen. Die Gründer von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung würden sich im Grab umdrehen. Man kann der Unternehmerseite im Interesse der arbeitenden Menschen nicht dadurch entgegentreten, dass man selbst Unternehmer wird. Dann ist man eben selbst Unternehmer und somit auf der anderen Seite als die Arbeitenden.

Das „Kapital“ von ÖGB und SPÖ wären die arbeitenden Menschen und nicht Aktien- und Geldspekulationen. Was nützt ein Streikfonds, der nicht zum Streiken, sondern zur Besicherung von Spekulationsgeschäften verwendet wird? Nichts! So eine Politik schadet den arbeitenden Menschen extrem. Wer so eine Gewerkschafts- und Parteipolitik macht, der stärkt die Kapitaleseite und ihre Parteien. Die „Stärke“ der Rechten ist die Schwäche der sogenannten Arbeitnehmervertreter ÖGB und SPÖ.

### **Aufwind für die Scharfmacher im „Schafspelz“**

Die „Wirtschaftswölfe“ haben in der ersten Zeit um den Bawag-Skandal Kreide

geschluckt und davon gesprochen, dass es wichtig sei, dass man auch weiterhin einen „starken ÖGB“ habe. Na klar, so einen ÖGB, der nun offen und vollends am Gängelband von Regierung und Wirtschaft hängt, können die Industriebosse schon brauchen. Was sie nicht brauchen können ist eine rebellierende Arbeitnehmerschaft, die ihre Anliegen in die eigenen Hände nimmt und dabei von einer kämpferischen Gewerkschaft aktiv unterstützt wird. Die Wirtschafts- und Regierungsseite will weiter so tun, als hätten die Menschen eine Vertretung, aber in Wirklichkeit mit einem am Boden liegenden ÖGB Dinge ausmachen, die dann als „ausverhandelt“ zu Lasten der Arbeitenden gehen sollen. Beispiel gefällig? Nicht zufällig verlangt jetzt die Industriellenvereinigung, dass die Löhne und Gehälter in Zukunft auf Betriebsebene ausgemacht werden sollen. Das ist das Ende des Kollektivvertrages. Und es würde bedeuten, dass wir völlig von der Willkür der Unternehmer abhängig werden sollen. Denn ob ein Betrieb (in der Bilanz) gut dasteht oder nicht, darauf haben die jeweils Beschäftigten am wenigsten realen Einfluss. Sie dürfen zwar „hackeln“, aber ob ein Gewinn übrigbleibt, oder ob die Aktionäre usw. bedient werden, liegt völlig in den Händen der Kapitalisten und ihrer Geschäftsführer. Da gilt: „Privateigentum“ ist heilig. Auch die diversen „Mitarbeiterbeteiligungsmodelle“ zeigen nur, dass den Betroffenen zuerst Lohn genommen wird, um

dann bloß ein Versprechen auf künftige Gewinne zu erhalten.

Und was macht die geschwächte Gewerkschaft? Zum Beispiel die sich als „fortschrittlich“ bezeichnende GPA? Sie trauert in ihrer jüngsten Ausgabe der „Kompetenz“ wiederum der „Sozialpartnerschaft“ nach und hofft auf den Goodwill der Unternehmerseite, anstatt wenigstens jetzt Klartext zu reden, aufzuzeigen, was wirklich gespielt wird und die Mitglieder zu mobilisieren. Wenn aber alles wiederum „sozialpartnerschaftlich“ regelbar wäre, na warum soll sich dann ein arbeitender Mensch, noch dazu nach den Bauwag- Machenschaften, engagieren? So streut die Gewerkschaft selbst in ihrer schwersten Krise den Menschen erneut Sand in die Augen und setzt sie erst recht den Unternehmerangriffen aus. Statt sich endlich „nach unten“ zu orientieren, wird wieder und fast noch eher als zuvor nach oben gebuckelt.

### Wie weiter?

In den letzten Wochen haben sich gewerkschaftsintern, d.h. vor allem auf der mittleren Funktionärssebene „Initiativen“ hervor getan, die den ÖGB erneuern wollen. Doch ob „Zeichen setzen“, oder „Zeichensetzen und mitreden“ oder „ÖGB-Dialog“, all diese Initiativen zeichnen sich dadurch aus, dass man zwar „elektronisch“ unterstützen darf, wirkliches Mitentscheiden für die Mitglieder haben diese Funktionäre aber, sei es aus „Gewohnheit“ oder aus Kalkül, nicht vorgesehen. (...)

Die Bawag-Ereignisse bestätigen, dass es um so nötiger ist, dass sich die arbeitenden Menschen der verschiedensten Schichten zusammenschließen und handeln müssen. Aus diesem Grund arbeiten bei uns schon seit langem Menschen mit, die ihre ÖGB-Mitgliedschaft zurücklegten und seitdem ihren Beitrag an uns übermitteln. Eben weil sie zwar die ÖGB-Politik ablehnen, nicht jedoch die Notwendigkeit von gewerkschaftlichem Handeln und Auftreten.

**Statt Ausverkauf der Bawag, muss diese ins echte Eigentum der Mitglieder übergehen, liegen dort doch ihre ÖGB-Beiträge. Wenn die Regierung bei Privatkapital-Firmen dazu Rahmenbedingungen schafft, dass - auch bei Schwierigkeiten - die Firmeneigentümer ihr Eigentum erhalten können, warum soll das dann nicht auch bei den 1,3 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern gehen, wennes gleichzeitig doch möglich ist, die Bank mit den Geldern der Mitglieder an andere Banken zum Verkauf frei zu geben.**

**Wirkliche und demokratische Kontrolle der Mittel und der Entscheidungen des ÖGB und der Gewerkschaften von unten - Urabstimmung. Einfache Mitglieder und Betriebsräte müssen voll einbezogen werden.**

Aus „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ (leicht gekürzt)

### Anmerkungen der Redaktion

Worauf es ankommt, zeigen die Proteste, die Frankreichs Regierung und Unternehmer seit über einem Jahr auf Trab halten. Die Menschen können etwas bewirken, wenn sie sich selbständig und gemeinsam zusammenschließen. So musste in Frankreich der geplante Ersteinstillungsvertrag, der die Aufhebung des Kündigungsschutzes für alle unter 26-jährigen vorsah, von der Regierung zurückgenommen werden. Und in Chile haben - ausgehend von wenigen engagierten SchülerInnen, eine Million Schüler gegen die dort herrschende Bildungspolitik ohne Chancen für die Unterschicht protestiert und war erfolgreich. Das setzte in beiden Fällen voraus, dass man sich mit der Obrigkeit und dem Kapital anlegte. Nur dann kann man erfolgreich sein. Wer, wie SPÖ- und ÖGB-Spitze bisher dauernd den Konsens mit dem „Klassenfeind“ sucht, ist selbst schon auf der Unternehmerseite und fällt den arbeitenden Menschen in den Rücken. Der Bawag-Skandal und die Vorgänge in ÖGB und SPÖ hätte es dazu nicht gebraucht, sie machen es nur ganz deutlich. In diesem Sinne: Nicht auf degenerierte Spitzenfunktionäre hoffen, sondern die Kraft bei den Abertausenden arbeitenden Menschen suchen und nutzen, die in der gleichen Lage und die Opfer der Unternehmerpolitik sind.

**G.W. Bush in Wien:**

## **Der US-Präsident will die Zustimmung der EU-Chefs für seinen geplanten Krieg gegen den Iran!**

*Wieder planen die USA einen Krieg, diesmal gegen den Iran. Doch die Menschen in Österreich und überall auf der Welt wollen keinen Krieg, und sie glauben auch nicht mehr der Propaganda, dass das nunmehrige Angriffsziel der USA, der Iran, uns alle bedroht.*

*In allen Ländern rund um den Iran haben die USA Stützpunkte. Weiters haben die USA allein 2.000 sofort gefechtsbereite Atomraketen, mit denen sie, wie sie selbst sagen, den Iran jederzeit in die Steinzeit zurückbomben können. Auch in Europa glauben die meisten Menschen der US-Propaganda schon seit dem Irak-Krieg nicht mehr. G. W. Bush erlebt sogar im eigenen Land und erst recht in Europa Widerstand gegen seine Herrschaftspläne. Deswegen ist er nun auf Propagandatour in Europa. Wir sollen seinen Krieg gutheißen, wir sollen ihn unterstützen, wir sollen ihn mitzahlen! Und die EU-Mächtigen wollen mit dabei sein.*

### **Machen wir nicht mit beim nächsten US-Krieg! Unsere Regierung, die EU-Präsidentschaft, muss NEIN zu Bushs Kriegen und zu seiner Kriegspolitik sagen!**

*Die österreichische Bevölkerung, die große Mehrheit der Menschen aller Völker in Europa, ja in der Welt, sagen längst NEIN zu den US-Kriegen. Die Österreicher glauben längst nicht mehr, dass Bush mit seinen Kriegen den Terrorismus bekämpft. NEIN - er bringt mit seinem Militär Staatsterrorismus, Zerstörung, Hunger, Elend und Millionen Menschen den Tod! Bush bringt mit seinen Kriegen auch nicht Demokratie und Freiheit. NEIN - er bringt nur die Freiheit des Profits für die großen US-Militärkonzerne und Erdölkonzerne, eine für die Menschen tödliche „Freiheit“! Wir alle würden gerne daran glauben, dass es bei den Verhandlungen zwischen USA/EU und dem Iran um den Frieden geht. Während den Menschen so Hoffnungen gemacht werden soll, laufen die US-Kriegsvorbereitungen auf Hochtouren.*

### **Die USA brauchen den Krieg gegen den Iran!**

*Die US-Kriegspläne für Erdöl, Erdgas und geopolitische Vorherrschaft bedrohen den Frieden im mittleren Osten. Bush neues Kriegsabenteuer kann die ganze Region in Flammen setzen, ja sogar die Welt. Es geht weder um die iranische Bombe noch um die sogenannte Gefahr des Islam. Es geht darum, dass die USA die Herrschaft über den Iran will: Denn dort liegen die zweitgrößten Erdölvorräte der Welt. Für die US-Weltherrschaftspläne ist erstens Erdöl, Erdgas und geopolitischer Einfluss entscheidend. Zweitens kann die US-Vorherrschaft nur durch die Bindung des Erdöls an den Dollar aufrechterhalten werden. Der Iran plant jedoch eine Ölbörse in Euro. Das wäre für Europa von Vorteil, für die US-Wirtschaft jedoch eine große Bedrohung.*

### **Wir fordern:**

**Ein NEIN Österreichs und der EU zu Bushs Kriegsplänen. Keine Beteiligung an NATO-Vorbereitungen bzw. NATO-Aktionen zum US-Krieg gegen den Iran! Keine Beteiligung Österreichs an der Euro-Armee. Österreich ist und muss neutral bleiben!**

*Beim US-Überfall auf den Irak 2003 war auch ganz Europa samt den meisten Regierungen und die UNO gegen den US-Krieg. Das möchte Bush diesmal, wenn möglich, vermeiden. Die EU-Chefs haben sich auch bis jetzt zu Handlangern für Bushs geplanten Iran-Krieg gemacht. Sie haben die US-Lügenpropaganda, dass der Islam und die iranischen Herrschenden eine Gefahr für uns alle, für den Weltfrieden seien, übernommen. Die Kriegsgefahr geht von den USA aus, die immer neue Kriege anzetteln und führen. Kaum drei Jahre ist es her, dass die USA, damals unter den Vorwand, Sadam Hussein besitze Massenvernichtungswaffen und fördere den islamischen Terror, den Irak überfielen, mit einem Bombenkrieg verwüsteten und dann besetzten. Hatten schon davor die 10 Jahre US-Bombenkrieg und Sanktionen ca. 1 Million Irakern das Leben gekostet, so brachte der letzte US-Krieg gegen den Irak nochmals ca. 100.000 Menschen den Tod, dem Land Hunger, Elend und Zerstörung.*

*Drei Jahre später planen die US-Herrscher wieder einen durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg, nun gegen den Iran. Als Propagandalüge wollen uns deswegen u.a. fast alle Medien einreden, dass der iranische Ministerpräsident Israel auslöschen wolle und den Holocaust leugne. Nun hat die "New York Times" enthüllt, dass diese Reden des iranischen Präsidenten bewusst falsch wiedergegeben wurden und er diese Aussagen nie getätigt hat. (Dieser sprach nicht von der Auslöschung Israels, sondern davon, dass das israelische Besatzungsregime*

beseitigt werden solle. Den Holocaust hat er nicht geleugnet, jedoch könne es nicht angehen, dass die Palästinenser dafür büßen müssten.) Die USA rüsten auf, ihr Militärbudget 2005 betrug schon 450 Milliarden Dollar, sie führen Kriege, besetzen Länder, errichten Stützpunkte. All das kostet viel Geld, z.B. den Steuerzahler und braucht ein neues Feindbild zur Rechtfertigung gegenüber der Bevölkerung. Die Bedrohung, so wird uns eingeredet, sei nun der Islam. Die US-Politik bringt aber gleichzeitig einer Handvoll von Konzernen 100te Milliarden an Gewinnen. Und der Irak-Krieg wird noch viel mehr kosten. Kosten, die das irakische Volk über sein Öl, die US-Bevölkerung und - über den Ölpreis - wir alle bezahlen.

### **USA – Wirtschaftlich in der Krise - militärisch aggressiv.**

Die USA sind in Bezug auf viele Wirtschaftsbereiche gegenüber der Konkurrenz zunehmend in die Defensive geraten. Nur durch den Einsatz ihrer riesigen militärischen Kräfte können sie noch ihre Vorherrschaft aufrecht erhalten und ihre Profite ausbauen. Sie müssen auf Krieg setzen, um sich im Konkurrenzkampf noch zu behaupten. Dass die Regierung Bush schon erklärt hat, sie würde keinem Land der Welt erlauben, ihre Vorherrschaft auch nur in Frage zu stellen, dass sie schon rund um Russland ihre Waffensysteme stationiert, dass sie Indien gerade mit Atomwaffen aufrüstet, um China (bevölkerungsmäßig 5-mal so groß wie die USA, nur 1/10 der Rüstungsausgaben der USA) zu bedrohen, dass sie die größte Bedrohung für den Frieden auf der Welt bedeutet, das soll verborgen werden. Die USA müssen aus einem 2. Grund auf Krieg setzen. Die US-Dollarbindung des Erdöls ist in Gefahr!

Die Opec-Länder haben sich seit 30 Jahren gegenüber den USA verpflichtet, Erdöl nur gegen Dollar zu verkaufen. Durch die Bedeutung des Erdöls als häufigster und wichtigster Rohstoff waren und sind sämtliche Volkswirtschaften somit gezwungen, Dollarreserven anzulegen. Der Dollar wurde Weltwährungsreserve. Die großen EU-Länder ebenso wie Japan und China haben enorme Dollarreserven, die sie in den USA in Staatsanleihen, Wertpapieren etc. angelegt haben. Würden diese Länder nur einen Teil ihres Geldes abziehen, würde das zu einem Wirtschaftskollaps in den USA führen. In den letzten Jahren ist das US-Handelsdefizit ungeheuer gestiegen, zuletzt 500 Milliarden Dollar, die gesamte Schuld der USA gegenüber ausländischen Gläubigern betrug 2005 schon 6 Billionen Dollar (6000 Milliarden Dollar)! Und die Dollarbindung des Erdöls ist durch den Plan des Irans, nun eine Ölbörse zu eröffnen, in der in Euro gehandelt wird, in Gefahr.

**Sollte also ein bedeutender Teil der restlichen Welt den Dollar als Leitwährung kippen, hätte das für die USA katastrophale Folgen. Das ist die „Bombe“ die die USA fürchten und der Grund dafür, warum sie einen Krieg gegen den Iran vorbereiten.**

Die EU hat sich zum Handlanger für den nächsten US-Krieg gemacht. Das tut sie aber auch im Eigeninteresse. Denn die neue EU-Militärunion baut gerade die offensive Euro-Armee auf, vorerst in Form der EU-Schlachttruppen, einer schnellen Eingreiftruppe. Das ist die offensive Konkurrenz zu den militärisch aggressiven USA im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, geopolitischen Einfluss. Österreich soll, geht es nach unserer Regierung aber auch der Opposition, in der neuen Euro-Armee mitmarschieren. Das heißt weitere Erhöhung des Militärbudgets, noch mehr sparen auf Kosten der Menschen und das heißt, dass Österreichs Soldaten wieder auf fremde Schlachtfelder geschickt werden sollen. Österreichs Neutralität soll den Machtplänen der EU-Konzerne und Militärs geopfert werden. Bushs Kriege treiben die Energiepreise (Erdöl, Erdgas usw.) in die Höhe. Die EU-Staaten machen dabei mit und wir sollen das alles bezahlen. Die Preise, Steuern, Abgaben und Tarife steigen, Löhne und Pensionen bleiben gleich oder sinken. Fürs Bundesheer gibt es 2,4 Milliarden pro Jahr mehr, für die arbeitenden Menschen heißt es länger arbeiten für's gleiche oder für weniger Geld.

**Weder Bushs Kriege noch die EU-Konkurrenzpläne dazu, sind im Interesse der Österreicher und Österreicherinnen! Wir fordern Friedensgespräche statt Kriegspläne. Das neutrale Österreich darf, auch verfassungsmäßig, keine Kriegsvorbereitungen unterstützen. Nein zur Beteiligung an der Euro-Armee! Nein zur Beteiligung an Nato-Aktionen. Ja zur Neutralität!**

---

Ich bin gegen den Krieg und an weiteren Informationen interessiert - bzw. will ..... Stk. dieses Flugblatts:

NAME .....

ADRESSE .....

E-mail: ..... Tel.: .....

---

Einsenden an: stopwar, Wurlitzergasse 71/25, 1160 Wien; E-Mail: [neutralitaet@stopwar.at](mailto:neutralitaet@stopwar.at) ZVR 100322133

**[www.stopwar.at](http://www.stopwar.at)**

# ÖGB:

## Mit Reformgetöse eine Reform ersticken

**„Wer die Zukunft gestalten will, muss die Vergangenheit bewältigen.“ - So lautet ein in diesen Tagen hoch aktueller Spruch. Damit ist gemeint: Nur wer seine Vergangenheit analysiert, kennt die Wurzeln seines aktuellen Entwicklungsstandes und kann daher für die Zukunft die richtigen Schlüsse ziehen.**

Diese Haltung ist auch für die Neuordnung des ÖGB notwendig. Gemessen an dieser Notwendigkeit begeht die momentane Führung des ÖGB einen schweren Fehler. Denn die Aufarbeitung der Vergangenheit findet bis jetzt einfach nicht statt. Man lässt sie unter den Tisch fallen. Aufarbeiten bedeutet nämlich: Erstens umfassend zu informieren, zweitens ausführlich zu diskutieren und drittens demokratisch neue Entscheidungen zu treffen.

### Information?

Betrachten wir als erstes die Information. Sie findet weder in den Printmedien („Solidarität“, ÖGB-Nachrichtendienst) noch auf der Homepage des ÖGB statt. Bis heute hat der ÖGB selbst seine Mitglieder nicht ausführlich informiert (und

auch keine sorgfältige Dokumentation des Falles erstellt). Das ist ein schlagender, wenn auch trauriger Beweis für die faktische Nutzlosigkeit der Medienarbeit des ÖGB. Über eine Million Mitglieder werden einfach auf die privaten Zeitungen und den ORF verwiesen. Wozu hat dann der ÖGB seine eigenen Medien?

### Diskussion?

Nun schauen wir uns die Diskussion an. Sie findet nur in bestimmten Gremien, doch für die Mitglieder im Wesentlichen nicht statt. Weder in seinen Printmedien noch im Internet hat der ÖGB ein eigenes Diskussionsforum zur (eingestandenen) Krise eingerichtet. Allerdings gibt es das allgemeine Meinungsforum auf der Homepage. Es gibt auch keine öffentliche Diskussionsreihe zu diesem Thema (vom ÖGB veranstaltet), in der die Mitglieder mit den führenden Funktionären sprechen können.

Allerdings taucht die Existenzkrise der Gewerkschaft sehr wohl in den internen Medien auf: als der verantwortungsvolle Weg, den führende Kollegen der Zukunft

zugewandt beschreiten. In der Solidarität (Nr. 891/ Mai) steht ein Interview mit dem Kollegen Hundstorfer, das in Aufmachung und Inhalt ein Gesamtkunstwerk der Marke „Aufarbeitung einer Krise“ darstellt.

Über die ganze Titelseite nimmt ein Ganzkörperportrait des Kollegen Hundstorfer millionenfach (für jedes Mitglied eine Zeitung) das Wichtige vorweg: Im dunklen Anzug blickt er ernst und konzentriert in die Augen der lesenden Mitglieder. Auf der Seite des Artikels verstärken drei weitere Bilder des Vorsitzenden den Eindruck der Aufarbeitung. Die vier Bilder des Vorsitzenden nehmen ebenso viel Platz ein wie der gesamte Inhalt des Artikels und diese Platzverteilung drückt eine inhaltliche Wertung aus: Der Weg aus der Krise und der Kollege Hundstorfer sind ein und dasselbe.

### Gemeinsplätze

Aber auch der Inhalt ist eine echte Bombe. Schon der Titel sagt es knallhart: „Stärker, schneller, moderner“. Hat es jemals eine Zeit gegeben, hat es jemals eine Organisation gegeben, auf den diese fordernde Schlagzeile

nicht zutreffen würde?

Die Aussagen im Interview sind richtig. Sie sind richtig, weil sie Gemeinplätze sind. Völlig richtig fasst Kollege Hundstorfer den Inhalt am Endenochmalszusammen: „In aller Kürze die wesentlichen Eckpunkte: stärker, schlanker, moderner, transparenter und demokratischer.“ Welcher Politiker könnte seine Ziele nicht so zusammenfassen?

Nocheinbemerkenwertes Detail: Genauso viel Platz, wie die „Solidarität“ mit dem Leitartikel der Krise des ÖGB widmet, nimmt in derselben Ausgabe die Werbung für Privatpensionen und für die österreichischen Lotterien ein!

In einem Kommentar der Chefredakteurin Annemarie Kramser taucht die ÖGB-Krise noch einmal auf. Die Dame legt sich fest: „Der Streikfond ist die Trumpfkarte der ArbeitnehmerInnen - und die zeigt man logischerweise nicht. Ansonsten würden sich politische GegnerInnen ausrechnen, wie langesich die ArbeitnehmerInnen im Ernstfall zur Wehr setzen könnten.“ Ganz abgesehen davon, dass Unternehmervertreter im Aufsichtsrat der BAWAG sitzen und daher schon einiges vom Geheimnis des Streikfonds enträtseln können, ganz abgesehen davon, dass die Unternehmer erhebliche Teile der

Mitgliedsbeiträge für den ÖGB einsammeln und daher in Kombination mit der veröffentlichten ÖGB-Bilanz die Größenordnung der Finanzmittel schon einschätzen können - hat die Wirklichkeit die Chefredakteurin überholt. Der ÖGB muss den Streikfond offenlegen! Wir wartenschonungeduldig, wie Annemarie Kramser das kommentieren wird. Ist der Streikfond nun keine Trumpfkarte mehr - oder war Hundstorfers Offenlegung ein Fehler?

### **Berieselung**

Von Bedeutung ist nicht in erster Line die unfreiwillige Komik dieses Beitrages, sondern der Umstand, an welchen Nebenfronten die ÖGB-Krise abgehandelt wird. Die Gewerkschaften anderer Länder haben längst bewiesen, dass die „Trumpfkarte“ der ArbeitnehmerInnen die gelebte gewerkschaftliche und politische Solidarität ist, die sich in zielgerichteten Aktionen ausdrückt.

Auf der letzten Seite der Maiausgabe der „Solidarität“ sagt der Universitätsprofessor Pelinka seine Meinung zur Zukunft des ÖGB und dabei unter anderem: „Für eine wachsende Zahl von Menschen ohne feste Parteibindung müsste der ÖGB mehr bieten als die letztlich bloß passive Mitgliedschaft.“ Genau dieses Fehlverhalten führt die momentane

Öffentlichkeitsarbeit des ÖGB fort.

Statt aktiver Problemforschung unter Einbeziehung der Mitglieder erfolgt routinemäßige Berieselung mit alltags-tauglichen politischen Schlagwörtern. Statt der Herausarbeitung von gründlich analysierten Aufgaben gibt es Fotos von führenden Führern.

### **Sozialpartnerschaft überdenken**

Ist nicht die gelebte Sozialpartnerschaft der letzten Jahrzehnte zu überdenken? Wurde in und wegen ihr auf die Zunahme der atypischen Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit zu wenig reagiert? Tausende abgeschlossene Kollektivverträge haben das nicht verhindert und auch nicht die Benachteiligung der Frauen. Wurde nicht der Steuerfrage als dem Eckpunkt des Sozialstaates zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt? Hätte man nicht statt in Verhandlungen nachzugeben öfters den Konflikt unter Einbeziehung anderer Verbündeter ausfechten sollen? Sind wirklich nur Weninger und Verzetnitsch an allem schuld - oder gibt es noch andere Verantwortliche? Haben nur ein paar führende Gewerkschafter schlecht gehandelt - oder gibt es Strukturen, die das Hinaufkommen von gewissenlosen Karrieristen begünstigen? Haben

die, welche heute nach der Führung lechzen, auch in der Vergangenheit gezeigt, dass sie einen anderen Weg gehen, als den von Verzetnitsch?

### Radikal offen legen

Es gibt so viele wichtige Fragen, die zu klären sind. **Und es gibt auch schon wieder die Tendenz, mit lautem Reformgeschrei jede Ursachenforschung zuzuschütten. Dabei ist eine an die Wurzel gehende Analyse die Voraussetzung jeder gezielten Reform.**

Nicht die sind die größten Reformer, die am lautesten das Wort hinausposaunen. In diesem Stadium heißt reformieren vor allem untersuchen. Nicht die sind die geeigneten Führer, die jetzt am öftesten ihre Fotos in den internen Medien unterbringen. Das hat schon Verzetnitsch bis zum Überdruß gemacht.

### Mitgliederbeteiligung ist notwendig

Im jetzigen Stadium heißt führen zuerst radikal offen legen, dann gründlich analysieren und mit öffentlicher Beteiligung der Mitglieder neu ordnend festlegen. Alles ist zu hinterfragen - das war die Botschaft des scheidenden FSG-Vorsitzenden Rudolf Nürnberger. Er hat recht!

Die Gremien und die sie beherrschenden Führungszirkel haben den ÖGB dorthin gebracht, wo er jetzt steht. Mit dröhnenden Reformposaunen sind Führungszirkel wieder dabei ihren Einfluss neu abzustecken. **Reformieren bedeutet mehr als einsparen. Schrille Reformmusik übertönt genaue Fragen. Auch so kann man eine grundlegende Reform ersticken.**

Hans und Gerhard Kohlmaier,  
Steuerinitiative im ÖGB, 20.5.2006

### Wer ist das

## Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Scnierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum** von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

### Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität - unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 - 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 5,- (Solidaritätspreis € 10,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

87/06

Einsenden an:  
Österreichisches Solidaritätskomitee  
Wurlitzergasse 71/25  
1160 Wien

#### Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:  
"Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen",  
Wurlitzergasse 71/25, 1160 Wien. ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.  
Verlagspostamt 1170 Wien,  
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

# Steuerparadies Österreich

Die Jahresabschlüsse von insgesamt 711 Aktiengesellschaften und GesmbHs (exklusive Banken, Versicherungen, KG, OHG, Genossenschaften) ziehen für das Jahr 2003 folgendes Bild: 155 Gesellschaften (21,8 %) wiesen einen Verlust auf und sind in der nachfolgenden Tabelle nicht enthalten. Bei den verbleibenden 556 Gesellschaften mit Gewinn (EGT) ergab sich:

Steuerleistung in %	Anzahl der Firmen	Anteil in %
0	64	11,51
0,01 – 9,9	132	23,74
10 – 24,9	96	17,27
25 – 34	110	19,78
über 34	154	27,70
insgesamt	556	100,00

Inzwischen wurde mit der Steuerreform 2005 der Gewinnsteuersatz (Körperschaftssteuer) der Kapitalgesellschaften von 34 auf 25 Prozent gesenkt.

*Quelle:*

*Mag. Franz Gall, AK, OÖ,*

*zit. nach Glocalist Review, Nr. 99/2006, Seite 4*

## Umverteilung

Wir arbeitende Menschen haben immer weniger in der Tasche. Das bemerken wir täglich. Wo aber kommt unser Geld hin? Ein Hinweis geben die nachfolgenden Steigerungsraten von Gewinnen und Einkünften:

Im Jahr 2005 stiegen die	
Gewinn der Firmen an der Börse (ATX-Firmen) um	58 %
Gehälter der Manager um	38 %
Einkommen der ArbeitnehmerInnen real um	1 %